



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Für soziale Gerechtigkeit: Das Engagement der Schweiz in der Internationalen Arbeitsorganisation



Bild : © Internationale Arbeitskonferenz

Vorwort

Die Schweiz ist seit der Gründung 1919 Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die ILO ist die einzige Organisation des UN-Systems, die tripartit strukturiert ist: Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer treffen gemeinsam die Entscheidungen über Ausrichtung und Tätigkeit der ILO.

Die tripartite eidgenössische Kommission für Angelegenheiten der ILO hat im April 2012 die Strategie der Schweiz in der ILO verabschiedet. Diese Strategie war Gegenstand eingehender Diskussionen mit den Sozialpartnern und soll die Grundlage für ein starkes, gezieltes und konkretes Engagement der Schweiz in der ILO bilden. Wir begrüßen dieses Engagement, denn dadurch kann die Schweiz ihre Verbundenheit mit der ILO und ihren Aktivitäten zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Dimension der Globalisierung, des sozialen Dialogs sowie der Arbeitnehmerrechte überall auf der Welt noch stärker zum Ausdruck bringen.

Die Strategie stützt sich auf drei Schwerpunkte: das Engagement zur Stärkung der ILO, die glaubwürdige Anwendung und Förderung der ILO-Normen in der Schweiz und die Förderung menschenwürdiger Arbeit überall auf der Welt.

Wir danken den Mitgliedern der tripartiten eidgenössischen Kommission für Angelegenheiten der ILO für dieses ermutigende Ergebnis, und hoffen, dass diese Strategie eine Grundlage für das langfristige Engagement der Schweiz in der ILO sein wird.



Jean-Jacques Elmiger

Für den Vorsitz der TK-ILO



Alexandre Plassard

Für die Arbeitgeber



Vasco Pedrina

Für die Arbeitnehmer

Bern, Januar 2013

DIE ILO: GRÜNDUNG, AUFTRAG, ORGANE, MISSION, HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit dem Auftrag, die soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in der Arbeitswelt zu fördern. Ihre Mission besteht in der Verbesserung des Zugangs von Männern und Frauen zu einer menschenwürdigen und einträglichen Arbeit zu Bedingungen, die geprägt sind von Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Würde. Ihre hauptsächlichen Aufgaben bestehen in der Förderung des Rechts auf Arbeit, der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme und der Stärkung des Dialogs bei der Suche nach Lösungen für die Probleme in der Arbeitswelt.

Die ILO ist die einzige tripartite Organisation der Vereinten Nationen: ihre Politik und ihre Programme werden gemeinsam durch die Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entwickelt.

Die ILO ist mit der Erarbeitung internationaler Arbeitsnormen und der Kontrolle ihrer Anwendung beauftragt. Diese Normen (internationale Arbeitsübereinkommen und -empfehlungen) definieren die einzuhaltenden Mindeststandards in Bereichen wie: Gewerkschaftsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Abschaffung der Zwangsarbeit, Chancen- und Behandlungsgleichheit, Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, usw. Bis heute hat die ILO rund 190 Normen verabschiedet, von denen 83 als aktuell angesehen werden.

Die ILO engagiert sich vielfältig im Bereich der technischen Zusammenarbeit und Hilfe und unterstützt damit die Mitgliedstaaten in verschiedenen Bereichen, wie Berufsbildung und Umschulung, Arbeitsmarktpolitik, Förderung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen, Arbeitsmarktverwaltung, Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen, Arbeitsbedingungen, Führungsausbildung, Genossenschaften, soziale Sicherheit, Arbeitsmarktstatistik sowie Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz.

Kernziel der ILO ist die "Gewährleistung einer menschenwürdigen Arbeit für alle". Die ILO setzt dieses Ziel durch die Agenda für menschenwürdige Arbeit um, die auf 4 strategischen Zielen beruht: Beschäftigung, soziale Sicherheit, Sozialdialog, grundlegende Rechte bei der Arbeit. Der Einsatz für menschenwürdige Arbeit hat sowohl in der UNO als auch in der G20 Anerkennung gefunden, und er ist im Juni 2008 in der ILO durch die Verabschiedung der Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung (Erklärung 2008) bestätigt worden.

Die hauptsächlichen Herausforderungen der ILO bilden gleichzeitig auch die Gründe, weshalb sich die Schweiz bei der ILO engagiert:

- *Stärkung der Gouvernanz der ILO*

Zwar liegt in der tripartiten Struktur einerseits die Stärke der Organisation, diese neigt aber andererseits auch dazu, die Arbeit der Entscheidungs- und Verwaltungsorgane zu verlangsamen und zu komplizieren: eine schwache Organisation und übermässig lange Versammlungen, eine von der Aktualität abgekoppelte politische Agenda

sowie Widerstand gegenüber strukturellen Reformen sind die Folgen. Daher ist es notwendig, die Gouvernanz und die Effizienz der ILO zu verbessern.

- *Förderung der Normen und der technischen Zusammenarbeit*

Die ILO ist in erster Linie eine normensetzende Organisation. Über ihre technische Zusammenarbeit ist sie an operativen Aktivitäten in den Ländern beteiligt. Eine der grössten Herausforderungen der ILO besteht darin, die Kohärenz zwischen den Normen und der technischen Zusammenarbeit zu gewährleisten.

- *Unterstützung der Förderung von Beschäftigung und des Kampfs gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise*

Zentrale Aufgabe der ILO ist die weltweite Förderung der Beschäftigung: anlässlich des G20-Gipfels in London hat sie einen entsprechenden Auftrag erhalten, der zu einem Globalen Beschäftigungspakt geführt hat, welcher im Jahr 2009 verabschiedet und am G20-Gipfel in Pittsburgh begrüsst wurde. Die Beschäftigung bleibt eines der zentralen Elemente des G20-Gipfels in Cannes (2011); die ILO ist auch gefordert, ihre Expertise und ihre Rolle im Hinblick auf die Kohärenz zwischen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auf multilateraler aber auch auf nationaler Ebene zu stärken.

HINTERGRUND DES SCHWEIZERISCHEN ENGAGEMENTS

DIE PRINZIPIEN UND GRUNDLEGENDEN ENGAGEMENTS DER SCHWEIZ

Gemäss unserer Bundesverfassung setzt sich die Schweiz dafür ein, die Freiheit, die Demokratie, die Unabhängigkeit und den Frieden im Geiste von Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken.

So enthält unsere Rechtsordnung u.a. die folgenden grundlegenden Prinzipien:

1. die wirtschaftliche Freiheit und die Förderung der Interessen der nationalen Wirtschaft, um zur Unterstützung der Wohlfahrt und der wirtschaftlichen Absicherung unserer Bevölkerung beizutragen;
2. die Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt, die kulturelle Vielfalt, eine grösstmögliche Chancengleichheit, die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Förderung einer gerechten und friedlichen internationalen Ordnung;
3. die persönliche Verantwortung und die Privatinitiative, wobei darauf geachtet wird, dass:
 - Erwerbsfähige ihren Lebensunterhalt zu angemessenen Bedingungen bestreiten können;
 - jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat und die für ihre Gesundheit notwendige Pflege erhält;
 - Kinder und Jugendliche sowie Personen im erwerbsfähigen Alter in den Genuss einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Grund- und Weiterbildung kommen;

- jede Person gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Verwaisung und Verwitung versichert ist.

Auch die Aussenpolitik der Schweiz setzt sich dafür ein, die in der Verfassung verankerten sozialen Ziele zu fördern und nach Aussen umzusetzen: die Schweiz trägt insbesondere dazu bei, Bevölkerungen in Not zu unterstützen und die Armut zu bekämpfen - etwa durch die Förderung der grundlegenden Arbeitsrechte und der sozialen Kohäsion - sowie die Menschenrechte, die Demokratie, die friedliche Koexistenz der Völker zu achten und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu fördern.

DIE SCHWEIZ UND DIE ROLLE DER ILO

Für die Schweiz wirkt sich die Marktöffnung langfristig positiv auf das Wachstum und den Wohlstand aus. Daher unterstützt unser Land eine Politik der Marktöffnung und verfolgt eine liberale Wirtschaftsaussenpolitik. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass eine unregulierte Liberalisierung negative Auswirkungen haben kann, und dass es neben den Gewinnern auch zahlreiche Verlierer der Liberalisierung gibt. Um sicherzustellen, dass die Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung für möglichst viele Menschen Vorteile bringt, dass sie durch die Bevölkerung getragen wird und den sozialen Frieden nicht gefährdet, flankiert die Schweiz die wirtschaftliche Liberalisierung mit einer soliden sozialen Komponente. Daher unterstützt unser Land eine starke und glaubwürdige ILO. Die Schweiz engagiert sich damit für die Begleitung der sozialen Dimension der Globalisierung durch die Umsetzung der menschenwürdigen Arbeit und die Rechte der Arbeitnehmer. Dieses Engagement der Schweiz im Rahmen der ILO ist gleichzeitig eine logische und notwendige Ergänzung unserer liberalen Wirtschaftsaussenpolitik.

Die Förderung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit in der Welt bildet auch einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmässigen Auftrags der ILO, deren Mitglied die Schweiz seit ihrer Gründung im Jahr 1919 ist. Die menschenwürdige Arbeit ist ein universelles Ziel und gilt als eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung des Ziels der Entwicklung. Dabei bildet die Förderung einer einträglichen und frei gewählten Beschäftigung eine politische Priorität zur wirksamen Bekämpfung der Armut.

Die Schweiz hat 48 Übereinkommen der ILO ratifiziert, darunter die acht Kernübereinkommen zur Bekämpfung der Kinderarbeit, dem Verbot der Diskriminierung am Arbeitsplatz, dem Verbot der Zwangsarbeit, den Gewerkschaftsrechten und dem Recht auf Kollektivverhandlungen (international anerkannte soziale Mindeststandards). Die Schweiz tritt für die Umsetzung der ILO-Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (1998) und der ILO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung (2008), die Agenda für Menschenwürdige Arbeit der ILO und den Globalen Beschäftigungspakt (2009) ein, welche die Basis für ein verstärktes Engagement zur Förderung der Arbeiterrechte bilden. Die Bekämpfung der Armut setzt voraus, dass der menschenwürdigen Arbeit und der produktiven Beschäftigung eine massgebende Stellung im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeräumt wird.

STRATEGIE

Die Strategie des Engagements der Schweiz im Rahmen der ILO verpflichtet sich einem Ansatz der nachhaltigen sozialen Entwicklung und der Notwendigkeit zur Verstärkung der Kohärenz des politischen Handels auf nationaler und auf multilateraler Ebene.

Die Strategie beruht auf drei Säulen:

- Bemühungen zur Stärkung der ILO
- Die glaubwürdige Anwendung und Förderung der ILO-Normen und -Prinzipien in der Schweiz
- Die Förderung der menschenwürdigen Arbeit in der Welt.

BEMÜHUNGEN ZUR STÄRKUNG DER ILO: DIE SCHWEIZ SETZT SICH FÜR EINE GUTE GOUVERNANZ SOWIE DIE EFFIZIENTE VERWALTUNG DER ILO UND FÜR DIE VERBESSERUNG DER PRÄSENZ DER SCHWEIZ IN DER ILO EIN

- Wir erarbeiten Vorschläge zur Stärkung der Kapazitäten der ILO durch eine bessere Gouvernanz;
- Wir ermutigen die ILO, sich auf ihren verfassungsmässigen Auftrag zu konzentrieren und auf die Umsetzung der sozialen Dimension der Globalisierung rund um die vier Ziele der menschenwürdigen Arbeit;
- Wir wollen die Wirksamkeit der Normen und ihrer Kontrolle stärken;
- Wir machen Vorschläge, um die Effizienz der leitenden Organe der ILO (Arbeitskonferenz, Verwaltungsrat) und die ordnungsgemässe Finanzverwaltung der ILO zu stärken;
- Wir verstärken unsere Kontakte mit der ILO, um eine ständige Präsenz der Schweiz in den leitenden Organen der ILO zu gewährleisten;
- Wir prüfen, wie wir die Präsenz hoher Funktionäre mit Schweizer Staatsbürgerschaft im Internationalen Arbeitsamt fördern und schweizerische Experten oder Praktikanten im Internationalen Arbeitsamt unterstützen können;
- Wir nehmen eine proaktive Haltung ein bei der Erarbeitung und Annahme internationaler Arbeitsnormen sowie bei der Stärkung der Kompetenzen in Bezug auf die Normen und Tätigkeiten der ILO.

DIE GLAUBWÜRDIGE ANWENDUNG UND FÖRDERUNG DER ILO-NORMEN IN DER SCHWEIZ: DIE SCHWEIZ SETZT SICH FÜR DIE STÄRKUNG UND FÖRDERUNG DER NATIONALEN SOLIDARITÄT DURCH DIE ILO-NORMEN EIN

- Wir überprüfen unsere Ratifizierungspolitik in Bezug auf ILO-Übereinkommen und prüfen die Möglichkeit zur Ratifizierung von Übereinkommen, die die Schweiz noch nicht ratifiziert hat ;
- Wir bemühen uns um eine Stärkung des Einflusses und der Umsetzung der grundlegenden Normen der ILO sowie der systematischen Berücksichtigung aller ratifizierten Normen;
- Wir konsolidieren unsere Politik in Bezug auf Sozialkriterien;
- Wir sensibilisieren die Sozialpartner und die Öffentlichkeit für die Sozialnormen und ihre Relevanz.

DIE FÖRDERUNG DER MENSCHENWÜRDIGEN ARBEIT IN DER WELT: DIE SCHWEIZ VERSTÄRKT IHREN EINSATZ ZUR FÖRDERUNG MENSCHEN- WÜRDIGER ARBEIT UND DER ARBEITNEHMERRECHTE IN DER WELT

- Wir engagieren uns, um die Agenda für menschenwürdige Arbeit der ILO mittels der Strategien der Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen, insbesondere durch die Aktivitäten zum Capacity Building, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung des Marktzugangs zum Ziel haben. Diese Aktivitäten sind in die nächste Botschaft des Bundesrates über die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz 2013-2016 eingeflossen, bei deren Umsetzung die Normen der ILO und ihre Mission zugunsten der Beschäftigung als transversaler Ansatz der Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit zur Geltung kommen werden.
- Wir erarbeiten Vorschläge zur Förderung der Kohärenz zwischen den Arbeitsstandards und der Handels- und Investitionspolitik, um die soziale Dimension der Globalisierung zu verwirklichen.
- Wir engagieren uns in anderen internationalen Institutionen (bspw. WTO, WB, IWF), um die Beachtung der ILO-Normen zu fördern, einschliesslich der Möglichkeit, der ILO den Beobachterstatus bei der WTO einzuräumen;
- Wir wollen den finanziellen Beitrag der Schweiz an die Umsetzung von besonderen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit der ILO gemäss der am 9. Juni 2009 zwischen dem Bundesrat und der ILO unterzeichneten Absichtserklärung konsolidieren. Bei der Prüfung der Mittel zur Stärkung der Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit bleibt die integrierte Umsetzung der Ziele der menschenwürdigen Arbeit und der Arbeitsnormen vorrangig. Die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte - insbesondere der acht Kernübereinkommen und der prioritären ILO-Übereinkommen im Bereich der Gouvernanz - stellt das Basiskriterium zur Bestimmung von Prioritäten in Bezug auf die wirt-

schaftliche Entwicklungszusammenarbeit dar. Dabei sollen aber auch die Aspekte der Förderung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen und der Beschäftigung sowie der sozialen Sicherung zur Verringerung der Armut zum Tragen kommen. Es könnten Massnahmen geprüft werden, damit die Arbeitsinspektion und -verwaltung von nun an spezielle Zusammenarbeitsaufgaben mit den entsprechenden Behörden in den anderen Ländern wahrnehmen können. Besondere Bemühungen werden unternommen, um die Kontrolle und die Umsetzung der Gesetzgebungen und der Reglementierungen in Bezug auf die Sicherheit und die Gesundheit am Arbeitsplatz zu verbessern. Die Erfahrung der Schweiz wird als Vergleichsgrundlage verwendet werden, um das Monitoring des Arbeitsumfelds in anderen Ländern zu verbessern;

- Wir werden Massnahmen vorschlagen zur Unterstützung des sozialen Aspekts der nachhaltigen Entwicklung und zur Förderung der menschenwürdigen Arbeitsbedingungen im Rahmen von bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen, insbesondere durch das Engagement zu Gunsten der neuen, durch die EFTA erarbeiteten Musterbestimmungen. Wir werden durch die Verhandlung und die Umsetzung bilateraler Absichtserklärungen versuchen, die Kohärenz zwischen unserer Handels- und Investitionspolitik und den internationalen Engagements der Schweiz im sozialen Bereich zu fördern.